ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Nierhaus, Wolfgang

Article

Deutschlandprognose 2006/2007: Aufschwung geht weiter

ifo Dresden berichtet

Provided in Cooperation with:
Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Nierhaus, Wolfgang (2006) : Deutschlandprognose 2006/2007: Aufschwung geht weiter, ifo Dresden berichtet, ISSN 0945-5922, ifo Institut, Niederlassung Dresden, Dresden, Vol. 13, Iss. 4, pp. 24-32

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/169793

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Deutschlandprognose 2006/2007: Aufschwung geht weiter[1]

zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus*

Weltwirtschaftliches Umfeld

Die Weltwirtschaft ist in einem robusten Aufschwung. Das vom ifo Institut erhobene Weltwirtschaftsklima hat sich im Frühjahr 2006 zum dritten Mal in Folge verbessert; mit 111,0 liegt der Indikator deutlich über dem langfristigen Durchschnitt. Der jüngste Anstieg des Klimaindikators ging auf die besseren Urteile zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage zurück, die nun ein fünfjähriges Hoch erreicht haben. Die Erwartungen für die nächsten sechs Monate sind unverändert optimistisch. Die lange Zeit expansiv ausgerichtete Geldpolitik ist allerdings in den meisten westlichen Industrieländern gestrafft worden; die langfristigen Zinsen sind weltweit gestiegen. Von Inflations- und Zinsängsten getrieben, kam es seit Mai sogar zu merklichen Kurskorrekturen auf den zuvor haussierenden internationalen Aktienmärkten. Mit einer deutlichen Konjunkturabschwächung in den Industrieländern ist im Prognosezeitraum aber nicht zu rechnen, zumal die Realzinsen immer noch recht niedrig sind und die Nachfrage aus den ölexportierenden Schwellenländern hoch bleibt.

In den USA hat sich die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion im ersten Quartal 2006 saisonbereinigt merklich beschleunigt; die laufende Rate betrug auf das Jahr hochgerechnet 5,3 %. Maßgeblich hierfür waren die kräftige Zunahme der privaten Ausgaben für langlebige Gebrauchsgüter und die Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen. Vom Außenbeitrag ging dagegen zum dritten Mal in Folge ein negativer Wachstumsbeitrag auf das BIP aus. Die Fed hat die monetären Zügel inzwischen merklich gestrafft. Seit Juni 2004 wurde der angestrebte Zielzinssatz (Federal Funds Rate) schrittweise um 425 Basispunkte auf 5,25 % angehoben. Auch China, die zweite Lokomotive der Weltkonjunktur, ist schwungvoll ins neue Jahr gestartet. Im ersten Vierteljahr stieg das reale Bruttoinlandsprodukt im Vorjahresvergleich um 10,2 %, das ist das höchste Tempo seit drei Jahren. In Japan hat sich die konjunkturelle Erholung, wenngleich etwas verlangsamt, fortgesetzt; die gesamtwirtschaftliche Produktion expandierte zuletzt saisonbereinigt mit einer laufenden Jahresrate von 3,1 %. Zur Expansion trug allein die inländische Verwendung bei, der konjunkturelle Impuls der Veränderung des Außenbeitrags war sogar leicht negativ. In der europäischen Währungsunion (EWU) hat sich die konjunkturelle Erholung weiter gefestigt, nach ersten Schätzungen von Eurostat belief sich das Wachstumstempo im ersten Quartal 2006, gemessen an der laufenden Jahresrate, auf 2,4 %. Die inländische Verwendung zog recht kräftig an, befördert vor allem vom privaten Konsum. Der Export expandierte sogar sehr kräftig, getrieben von der letztjährigen Abwertung des Euro gegenüber den Währungen wichtiger Handelspartner. Die Inflationsrate stieg im bisherigen Verlauf des Jahres ölpreisgetrieben bis auf 2,5 %; die Kerninflationsrate betrug in der Spitze hingegen lediglich 1,6 %. Die Arbeitslosenquote ist seit ihrem Höchststand im Jahr 2004 saisonbereinigt deutlich gesunken.

Die Expansion der Weltwirtschaft wird im Prognosezeitraum weiter schwungvoll sein; sie wird sich jedoch allmählich etwas verlangsamen. Die Ertragslage der Unternehmen bleibt trotz leicht höherer langfristiger Zinsen günstig. Die Geldpolitik wird ihren Kurs noch weiter straffen, sie wirkt dabei jedoch insgesamt nicht restriktiv. In den USA dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt leicht verlangsamt im Ausmaß der Trendwachstumsrate expandieren. Die Konsumdynamik dürfte sich allerdings etwas verlangsamen, da die Sparquote infolge der wohl geringeren Immobilienpreisdynamik etwas steigt. In Japan wird die konjunkturelle Dynamik hingegen schwungvoll bleiben. In den Schwellenländern wird sich die wirtschaftliche Entwicklung lebhaft fortsetzen. In China wird das Bruttoinlandsprodukt weiter kräftig expandieren; in den übrigen Ländern der Region dürfte die konjunkturelle Dynamik, ebenso wie in Lateinamerika, hoch bleiben. Im Euroraum wird das Bruttoinlandsprodukt spürbar steigen. Der Konsum dürfte bei einer verbesserten Lage am Arbeitsmarkt anziehen. Die Investitionen werden sich merklich erhöhen.

Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt in der Welt im Jahr 2006 um etwa 5 % steigen, ehe es sich im Jahr 2007 leicht verlangsamt um 4 1/2 % erhöht. Der Welthandel wird in diesem Jahr um 9 % und im nächsten Jahr um 7 1/2 % expandieren. Der Anstieg der Preise bleibt moderat. Die Prognose basiert auf der technischen Annahme, dass der Ölpreis um 65 US-Dollar je Barrel schwankt und der Euro-Wechselkurs bei etwa 1,25 US-Dollar liegt.

* *Dr. Wolfgang Nierhaus ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut für Wirtschaftsforschung München tätig.*

Ausblick Deutschland

Auch die deutsche Wirtschaft ist gut in das neue Jahr gestartet: Die gesamtwirtschaftliche Produktion nahm im ersten Quartal 2006 saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal mit einer laufenden Jahresrate von 1,5 % zu. Im Vorjahresvergleich der Ursprungswerte fiel auch auf Grund der größeren Zahl an Arbeitstagen das Wirtschaftswachstum mit 2,9 % sogar so kräftig aus wie seit sechs Jahren nicht mehr. Die Arbeitslosigkeit ging merklich zurück; der Preisanstieg war trotz des neuerlichen Höhenflugs der Ölnotierungen zuletzt nicht höher als am Jahresanfang.

Im zweiten Quartal dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion nach Schätzungen des ifo Instituts mit einer laufenden Jahresrate von rund 2 1/2 % sogar beschleunigt gestiegen sein. Für diese günstige Einschätzung spricht die dynamische Entwicklung beim Auftragseingang in der Industrie. Der ifo Geschäftsklimaindex im verarbeitenden Gewerbe erreichte im Juni zudem einen neuen Höchststand. Zum siebten Mal in Folge besserten sich die Urteile zur aktuellen Geschäftslage, auch die Geschäftsaussichten für die nächsten sechs Monate wurden günstiger als im Vormonat beurteilt. Den Testergebnissen zufolge zog die Nachfrage spürbar an, und die Auftragsbestände sind merklich gestiegen. Die befragten Unternehmen beurteilten ihre Exportaussichten allerdings etwas weniger optimistisch als zuvor, bei den Produktionsplänen wird in leicht geringerem Umfang Expansion signalisiert.

Im Durchschnitt des ersten Halbjahrs 2006 dürfte sich ein Zuwachs beim realen Bruttoinlandsprodukt in Höhe von 1,6 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum ergeben haben. Dabei hat der jüngste Höhenflug der Ölpreise allerdings erneut einen deutlichen Realeinkommensverlust bewirkt. Die Kaufkrafteinbuße zugunsten des Auslands und hier insbesondere zugunsten der ölexportierenden Länder belief sich im ersten Halbjahr schätzungsweise auf knapp einen Prozentpunkt des Bruttoinlandsprodukts.[2]

Alles in allem zeigt sich die Konjunktur zur Jahresmitte 2006 gut in Form. Das hervorragende ifo Geschäftsklima indiziert, dass der Aufschwung der deutschen Wirtschaft beträchtlich an Breite gewonnen hat. Neben dem mit hoher Drehzahl laufenden Exportmotor ist nun auch die Binnenkonjunktur in Schwung gekommen. Die Investitionen in Ausrüstungen haben Tritt gefasst; die neuesten Zahlen des ifo Konjunkturtests signalisieren, dass nicht nur die im Sog des Exportbooms stehenden Unternehmen investieren, sondern nun auch die eher binnenwirtschaftlich orientierten Unternehmen. Selbst der private Konsum hat, nach dem Rückgang im Jahresendquartal 2005, zugelegt; zusätzliche Impulse werden in der zweiten Jahreshälfte von vorgezogenen Käufen ausgehen, mit denen die ab Januar kommenden Jahres geltende höhere Mehrwertsteuer kurzfristig noch eingespart werden kann. Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr um 1,8 % expandieren; nach Ausschaltung der im Vergleich zu 2005 geringeren Zahl an Arbeitstagen um 2 %.

Tabelle 1: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquoten in den westlichen Industrieländern

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt[a]			Verbraucherpreise[a]			Arbeitslosenquote[b]		
	(BIP)	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
	in %	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007
Industrieländer										
EU 25	41,6	1,6	2,4	2,3	2,1	2,2	2,1	8,6	8,3	8,0
Schweiz	1,1	1,9	2,6	2,0	1,2	1,3	1,2	3,8	3,6	3,7
Norwegen	0,9	2,3	3,0	2,5	1,5	1,8	1,6	4,6	4,4	4,5
West- u. Mitteleuropa	43,7	1,6	2,4	2,3	2,1	2,2	2,1	8,5	8,2	7,9
USA	38,7	3,5	3,5	3,0	3,4	3,4	2,1	5,1	4,7	5,0
Japan	14,2	2,6	3,2	2,5	-0,3	0,4	0,5	4,4	3,9	3,8
Kanada	3,5	2,9	3,2	3,0	2,2	2,1	1,9	6,8	6,4	6,2
Industrieländer	100	2,5	3,0	2,6	2,3	2,4	1,9	6,7	6,3	6,2

a) Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2005 in US–Dollar. – b) Standardisierte Arbeitslosenquote nach dem ILO-Konzept. Ländergruppen, gewichtet auf der Grundlage der Erwerbspersonenzahl 2004.

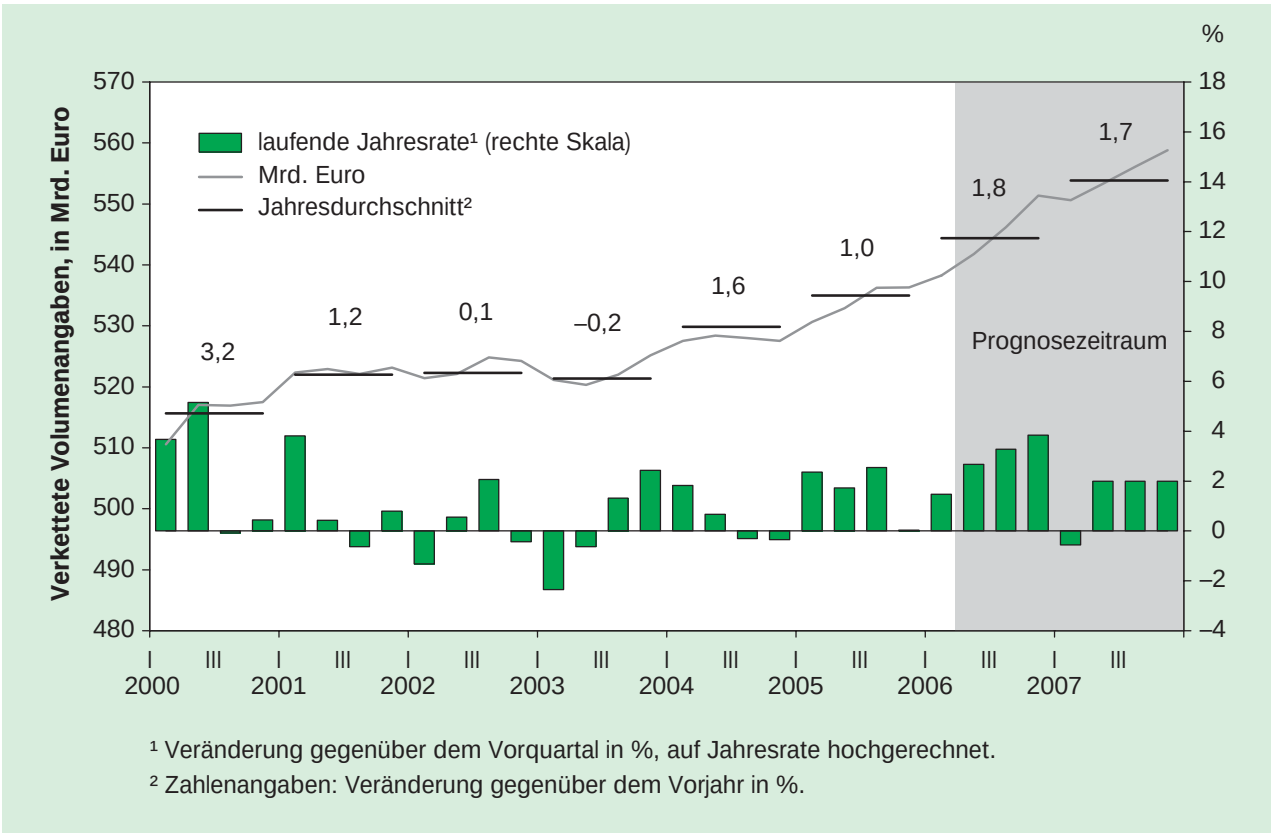
Quellen: OECD, IMF, ILO, Berechnung des ifo Instituts, 2006 und 2007: Prognose des ifo Instituts.

Im kommenden Jahr wird die Konjunktur durch die massive Erhöhung von Steuern und Abgaben zwar beträchtlich gedämpft; gleichwohl wird sich aber der Aufschwung fortsetzen. Diese Einschätzung stützt sich zu einem großen Teil auf die endogene Konjunkturdynamik der deutschen Wirtschaft. Nach einem „klassischen" Abschwung in den ersten Jahren dieses Jahrzehnts, der von einem Rückgang der Trendwachstumsrate begleitet war, wurde sowohl bei der gesamtwirtschaftlichen Produktion als auch bei den Ausrüstungsinvestitionen im Laufe des Jahres 2004 der untere Wendepunkt erreicht. Seitdem befindet sich die deutsche Wirtschaft in einem konjunkturellen Aufschwung, der sich zu Beginn dieses Jahres weiter verstärkt hat. Nach Analysen des ifo Instituts hält ein solcher Aufschwung in der Regel über etwa 4 Jahre an.[3] Deshalb dürften die endogenen Auftriebskräfte, die von einer weiterhin hohen Exportdynamik begleitet werden, im Jahre 2007 kräftig genug sein, dass durch die dämpfenden Effekte der geplanten finanzpolitischen Maßnahmen der Aufschwung nicht zum Erliegen kommt. Die Investitionsdynamik bei den Ausrüstungen und im Wirtschaftsbau wird sich im nächsten Jahr nicht abschwächen. Auch das Arbeitsvolumen wird leicht steigen. Außerdem dürfte der negative Effekt der Mehrwertsteuererhöhung auf den Konsum nicht so groß sein wie von vielen befürchtet. Aufgrund der hohen staatlichen Defizite wurde eine Steuererhöhung von vielen bereits seit längerem erwartet und hat zur Konsumschwäche und dem Anstieg der Sparquote in den vergangenen Jahren beigetragen. Durch die Steuererhöhung selbst sinken deshalb das permanente Einkommen und der Konsum weniger als das gemessene laufende verfügbare Einkommen. Aus all diesen Gründen braucht der private Konsum trotz der Mehrwertsteuererhöhung und anderer Maßnahmen zur Verbesserung der staatlichen Einnahmen nicht zu sinken. Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2007 um 1,7 % steigen; kalenderbereinigt um 1,8 %. Ohne die fiskalischen Maßnahmen der Bundesregierung würde sich das Wachstumstempo sogar auf gut 2 % belaufen.

Die Prognose im Detail: Robuste Exportkonjunktur

Der Außenhandel startete in das Jahr 2006 außerordentlich dynamisch. Im ersten Quartal 2006 nahm die reale Ausfuhr um 4,6 % gegenüber der Vorperiode zu und übertraf damit das Niveau des Vorjahres um 14,2 %. Dabei

Abbildung 1: Bruttoinlandsprodukt in Deutschland, preisbereinigt (saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf)



¹ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet.
² Zahlenangaben: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Prognose des ifo Instituts.

profitierten die inländischen Exporteure insbesondere von der regen Nachfrage nach deutschen Produkten bei den europäischen Handelspartnern. So gewann die Warenausfuhr in die EU15-Länder beträchtlich an Fahrt. Auch die Exporte in die neuen EU-Mitgliedsstaaten sowie die Warenausfuhr in die USA nahmen weiterhin deutlich zu. Zudem konnten die deutschen Exporteure nach einem schwachen vierten Quartal 2005 nun wieder vermehrt Produkte nach China, Russland und in die OPEC-Staaten absetzen.

Die Konjunktur in den Industrieländern und in wichtigen Schwellenländern bleibt vorerst kräftig, sodass die deutsche Wirtschaft auch in den nächsten Monaten von der Weltkonjunktur profitieren wird. Leicht bremsend hingegen wirkt die Aufwertung des Euro, die die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure beeinträchtigt. Für das kommende Jahr wird von einer leichten Abschwächung der Weltkonjunktur ausgegangen, sodass die Dynamik des Welthandels abnehmen dürfte. Allerdings wird jedoch keine weitere Aufwertung des Euro unterstellt. Da der Lohnanstieg in Deutschland im Vergleich zu der Lohnentwicklung in wichtigen Wettbewerbsländern moderat verlaufen dürfte und die Lohnnebenkosten sinken, wird sich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure im Zeitablauf leicht verbessern. Stützend wirkt zudem die weiterhin robuste

Tabelle 2: Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2004	2005	2006[1]	2007[1]
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr[a]				
Private Konsumausgaben	0,6	0,2	0,9	0,1
Konsumausgaben des Staates	–1,6	0,1	0,2	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	–0,2	–0,2	3,0	3,6
Ausrüstungen	2,6	4,0	5,5	6,5
Bauten	–2,3	–3,4	1,0	1,2
Sonstige Anlagen	1,8	1,8	4,5	5,5
Inländische Verwendung	0,6	0,4	1,1	1,0
Exporte	9,3	6,3	9,6	7,7
Importe	7,0	5,3	8,9	6,8
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	1,6	1,0	1,8	1,7
Erwerbstätige[b] (1.000 Personen)	38.868	38.783	38.832	39.007
Arbeitslose (1.000 Personen)	4.381	4.861	4.601	4.451
Arbeitslosenquote[c] (in %)	10,2	11,2	10,6	10,3
Verbraucherpreise[d]				
(Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,6	2,0	1,8	2,5
Finanzierungssaldo des Staates[e]				
in Mrd. EUR	–81,2	–74,5	–61,1	–43,3
in % des Bruttoinlandsprodukts	–3,7	–3,3	–2,7	–1,8
nachrichtlich:				
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum				
(Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,1	1,3	2,2	2,1
Verbraucherpreisindex im Euroraum[f]				
(Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,1	2,2	2,3	2,2

1) Prognose des ifo Instituts. – a) Preisbereinigte Angaben. – b) Inlandskonzept. – c) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – d) Verbraucherpreisindex (VPI). – e) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95).– f) HVPI-EWU (2005=100).

Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Prognose des ifo Instituts.

Konjunktur im Euroraum. Alles in allem wird in diesem Jahr mit einem Exportwachstum von 9,6 % und im nächsten Jahr von 7,7 % gerechnet.

Ebenso dynamisch wie die Ausfuhr entwickelte sich die Einfuhr zu Beginn des Jahres. Die reale Einfuhr nahm um 4,5 % gegenüber der Vorperiode zu und lag damit um 16,2 % über dem Niveau des Vorjahres. Die hohe Einfuhrtätigkeit ist zu einem Teil auf den ungewöhnlich kalten Winter zurückzuführen. So mussten wegen der Kälte mehr Brennstofferzeugnisse zum Heizen eingeführt werden. Insbesondere die nominale Wareneinfuhr aus Russland und aus den OPEC-Staaten stieg im ersten Quartal stark an, was die große Energienachfrage sowie den Ölpreisanstieg widerspiegelt. Zum anderen zog auch die höhere Investitionstätigkeit der deutschen Wirtschaft vermehrt Importe an.

Mit fortschreitender konjunktureller Erholung wird auch die Importnachfrage weiter ansteigen. Zusätzliche Impulse auf die Einfuhr dürften durch das Vorziehen von Konsumgüterkäufen infolge der Anhebung der Mehrwertsteuer zum Beginn 2007 ausgehen. Für das Jahr 2006 wird daher ein Zuwachs bei den Importen von 8,9 % erwartet. Bei anhaltend guter Konjunktur wird im Jahr 2007 mit einem Importanstieg von 6,8 % gerechnet. Der Außenbeitrag wird in diesem und im nächsten Jahr einen 3/4 Prozentpunkt zum Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts beitragen.

Die Ausfuhrpreise stiegen im vergangenen Jahr trotz anhaltenden Aufschwungs der Weltwirtschaft nur um 0,7 % im Jahresdurchschnitt an. Der Preisauftrieb beschleunigte sich jedoch leicht zum Jahresbeginn 2006. Die Ausfuhrpreise nahmen im ersten Quartal um 1,3 % im Vorjahresvergleich zu. Die höheren Energiekosten schlagen sich trotz hohen internationalen Wettbewerbs langsam auch in den Exportpreisen nieder. Der Preisanstieg im Prognosezeitraum wird aber weiterhin gering bleiben, da von einem vergleichsweise moderaten Lohnanstieg in Deutschland ausgegangen wird. Zudem werden im kommenden Jahr die Unternehmen im Zuge der Mehrwertsteuererhöhung bei den Lohnnebenkosten entlastet. Für das Jahr 2006 wird mit einem Preisanstieg von 1,6 % gerechnet. Im Jahr 2007 schwächt sich der Preisauftrieb bei nunmehr stabilen Rohstoffpreisen auf 1,0 % im Jahresdurchschnitt ab.

Die Einfuhrpreise haben sich im Verlauf des vergangenen Jahres merklich erhöht und zu Beginn 2006 hat sich der Preisauftrieb nochmals deutlich beschleunigt. Während die Preissteigerungsrate im vierten Quartal 2005 im Vorjahresvergleich noch 2,4 % betrug, sind die Einfuhrpreise im ersten Quartal um 4,0 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Ausschlaggebend dafür war wiederum die deutliche Verteuerung bei den Energie- und Rohstoffpreisen. Mit der Stabilisierung der Preise an den internationalen Rohstoffmärkten wird der Preisauftrieb nachlassen. Gleichwohl dürften im Jahr 2006 die Einfuhrpreise noch um 3,4 % zunehmen. Für das Jahr 2007 wird bei etwas nachlassender Weltkonjunktur und stabilen Rohstoffpreisen eine Preissteigerungsrate von 1,9 % erwartet. Damit dürften sich die Terms of Trade im Jahr 2006 um 1,7 % und im Jahr 2007 nochmals um 0,8 % verschlechtern.

Verstärktes Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen

Die Ausrüstungsinvestitionen haben den Tiefpunkt durchschritten und befinden sich seit 2004 in der Aufschwungphase. Im vergangenen Jahr sind sie real um 4 % gewachsen, im ersten Quartal 2006 setzte sich der Aufschwung fort. Die Finanzierungsbedingungen sind günstig, die Absatzaussichten werden sich im laufenden Jahr im Inland spürbar verbessern und im Ausland weiterhin gut bleiben. Deshalb ist für den Prognosezeitraum mit einer Fortsetzung der guten Investitionskonjunktur zu rechnen. Die für das nächste Jahr vorgesehene Mehrwertsteuererhöhung dürfte keine spürbare Dämpfung der Investitionstätigkeit bewirken, ein beginnender Investitionsaufschwung entfaltet erfahrungsgemäß eine mehrjährige selbst tragende Eigendynamik. Zudem wird die Investitionstätigkeit in diesem und im nächsten Jahr durch die Verbesserung der Abschreibungsbedingungen für bewegliche Anlagegüter gestützt. So wurde der Satz der degressiven Abschreibung für die Dauer dieser beiden Jahre auf 30 % (und maximal das Dreifache des Satzes der linearen Abschreibung) erhöht. Dadurch sinken die Kapitalkosten und zusätzliche Investitionsvorhaben werden rentabel. Die Ausrüstungsinvestitionen erhöhen sich 2006 voraussichtlich um 5,5 % und 2007 um 6,5 %. Die Investitionen in sonstige Anlagen steigen um 4,5 % bzw. um 5,5 %.

Bauinvestitionen stabilisieren sich

Die Bauinvestitionen sind im vergangenen Jahr mit 3,4 % nochmals kräftig gesunken, im Verlaufe des Jahres hat sich aber eine Stabilisierung abgezeichnet und im Wohn- wie im Nichtwohnbau haben Auftriebskräfte die Oberhand gewonnen. Im Prognosezeitraum dürfte sich die positive Grundtendenz fortsetzen, darauf deuten der jüngste Anstieg der Auftragseingänge, die Zunahme der Baugenehmigungen und die Verbesserung des Geschäftsklimas im Baugewerbe hin.

Der Wohnungsbau wird in diesem Jahr von der Abarbeitung der zahlreichen Bauanträge getragen, die vor Abschaffung der Eigenheimzulage noch rechtzeitig gestellt wurden. Darüber hinaus wird die im nächsten Jahr stattfindende Mehrwertsteuererhöhung einen Anreiz für

private Haushalte bieten, Bauvorhaben in dieses Jahr vorzuziehen. Solche von der Wirtschaftspolitik ausgelösten Vorzieheffekte begründen allerdings nur eine vorübergehende Belebung. Deshalb ist für das kommende Jahr wieder mit einer Abschwächung der Baukonjunktur zu rechnen. Im Jahresdurchschnitt werden die Wohnungsbauinvestitionen in diesem Jahr um 1% zunehmen und im nächsten Jahr um 0,5 %.

Der gewerbliche Bau wird im Prognosezeitraum am konjunkturellen Aufschwung teilhaben. Das zeichnet sich in der Entwicklung der Baugenehmigungen ab, auch die Mieten für Büroimmobilien sinken kaum noch. Nach zehnjährigem realen Rückgang der Investitionen im Wirtschaftsbau dürften die Angebotsüberhänge nun weitgehend abgebaut sein. Die Indikatoren deuten darauf hin, dass im Prognosezeitraum mit einem Zuwachs zu rechnen ist. Die gewerblichen Bauinvestitionen werden in diesem Jahr um 0,4 % und im nächsten Jahr um fast 2 % zunehmen.

Die öffentlichen Bauinvestitionen gingen in den beiden vergangenen Jahren deutlich zurück. Das war zum Teil durch Immobilienverkäufe bedingt, aber auch die Neubauten der öffentlichen Hand waren rückläufig. In diesem Jahr kann es zu einer Trendwende kommen. Die Haushaltssituation der Kommunen, auf die rund zwei Drittel der öffentlichen Bauinvestitionen entfallen, hat sich verbessert, die Einnahmen des Bundes aus der LKW-Maut, die für Verkehrsinvestitionen vorgesehen sind, steigen, und die Bundesmittel für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur werden aufgestockt. Geht man davon aus, dass das Transaktionsvolumen bei den Immobilienverkäufen des Staates in etwa aufrechterhalten wird, dann ist für dieses und nächstes Jahr mit einem realen Zuwachs der öffentlichen Bauinvestitionen von jeweils etwa 2,5 % zu rechnen (vgl. Tab. 3).

Alles in allem dürften die gesamten Bauinvestitionen im Jahr 2006 um 1% steigen und im Jahr 2007 – aufgrund des hohen Überhangs – um 1,2 %.

Privater Konsum zieht an

Der private Konsum ist gut in das laufende Jahr gestartet. Im ersten Quartal ist er saisonbereinigt merklich gestiegen, nachdem er in den Herbstmonaten 2005 vorübergehend gesunken war. Aufgrund des strengen Winterwetters waren vor allem Nahrungsmittel, Heizenergie und Bekleidung gefragt. Die Ausgaben für Verkehr, Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen sind hingegen saisonbereinigt gesunken. Maßgeblich für das Plus bei den gesamten realen Konsumausgaben war der leichte Zuwachs der real verfügbaren Einkommen; bei rückläufigen Masseneinkommen expandierten die Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit und aus Vermögen recht kräftig. Auch ist die Sparquote saisonbereinigt leicht gesunken.

Im weiteren Jahresverlauf dürfte der private Konsum zunächst verhalten steigen. In den Herbstmonaten ist aber mit einer beschleunigten Zunahme zu rechnen, weil die höhere Mehrwertsteuer im nächsten Jahr zu vorgezogenen Käufen insbesondere von langlebigen Gebrauchsgütern anregt. Die Bruttolöhne und -gehälter werden um 1,3 % expandieren; anders als im Vorjahr sinkt das bezahlte Arbeitsvolumen nicht mehr. Die Nettobezüge nehmen allerdings bei voll greifender Steuerprogression merklich schwächer zu (0,8 %). Die monetären

Tabelle 3: Reale Bruttoinvestitionen (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)

	2005	2006	2007
Bauten	–3,4	1,0	1,2
Wohnungsbau	–3,4	1,0	0,5
Nichtwohnungsbau	–3,3	1,0	2,0
Gewerblicher Bau	–1,9	0,4	1,9
Öffentlicher Bau	–7,2	2,5	2,3
Ausrüstungen	4,0	5,5	6,5
Sonstige Anlagen	1,8	4,5	5,5
Bruttoanlageinvestitionen	–0,2	3,0	3,6
Vorratsinvestitionen[a]	1,4	–0,8	1,1
Bruttoinvestitionen	1,2	2,2	4,8

a) Beitrag zur Veränderung der Bruttoinvestitionen in Prozentpunkten.

Quellen: Statistisches Bundesamt, 2006 und 2007: Prognose des ifo Instituts.

Sozialleistungen stagnieren sogar. Die gesetzlichen Altersbezüge werden zum dritten Mal in Folge nicht angehoben; ohne Schutzklauseln in der Rentenformel hätte es sogar eine „Minus-Runde“ gegeben. Die Leistungen beim Arbeitslosengeld I gehen infolge der sinkenden Empfängerzahlen weiter zurück, während sie beim Arbeitslosengeld II – trotz der jüngst beschlossenen Einschränkungen – aufgrund der zunehmenden Zahl an Bedarfsgemeinschaften steigen. Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen um 2,1% zunehmen, real um 0,6 %. Bei leicht rückläufiger Sparquote wird der reale private Konsum um 0,9 % expandieren.

Ab kommendem Jahr wird das Realeinkommen durch das Maßnahmenpaket der Bundesregierung dauerhaft gedrückt. Die Nettolöhne und -gehälter werden trotz des leichten Anstiegs der Beschäftigung und einer geringeren Belastung mit Sozialbeiträgen real nur wenig zunehmen. Die monetären Sozialleistungen dürften trotz der Einführung eines einkommensabhängigen Elterngeldes und einer leichten Erhöhung der Renten zur Jahresmitte nominal leicht rückläufig sein. Maßgeblich hierfür sind die Minderzahlungen von Arbeitslosengeld I und Einsparungen beim Arbeitslosengeld II. Darüber hinaus wird die Kaufkraft der privaten Haushalte durch die Erhöhung der Versicherungsteuer, die Abschaffung der Eigenheimzulage, die Kürzung des Sparerfreibetrags, die Reduzierung der Entfernungspauschale, die Einschränkung von Leistungen für Familien mit älteren Kindern und die Einführung einer „Reichensteuer“ geschmälert. Alles in allem werden die privaten Konsumausgaben im Jahr 2007 bei leicht sinkender Sparquote um 0,1% steigen.

Mehrwertsteuer treibt Verbraucherpreise

Die Entwicklung der Lebenshaltungskosten wurde im ersten Halbjahr 2006 vom Höhenflug der Preise für Haushaltsenergie und Kraftstoffe dominiert. Im Juni lag die Inflationsrate nach vorläufigen amtlichen Schätzungen im Vorjahresvergleich bei 2,0 % (Jahresdurchschnitt 2005: +2,0 %). Die Kerninflationsrate, aus der in Abgrenzung des ifo Instituts der Einfluss der Preisentwicklung von Energieträgern, Gütern mit administrierten Preisen und saisonabhängigen Nahrungsmitteln herausgerechnet ist, betrug im Mai nur 0,7 % und war damit sogar noch etwas niedriger als im Jahr 2005.[4]

Der Preisauftrieb wird sich bis zum Ende dieses Jahres etwas abschwächen. Die an die Ölpreisentwicklung mit zeitlicher Verzögerung gekoppelten Gaspreise und die Umlagen für die Fernwärme dürften zwar noch weiter steigen. Zu berücksichtigen ist auch, dass teuerer gewordenes Öl als Vorleistung in die heimische Produktion eingeht. Auch werden sich im Gefolge der anziehenden Konsumkonjunktur Preisüberwälzungsspielräume eröffnen. Darüber hinaus wird es im Vorfeld der Mehrwertsteueranhebung wohl hier und da zu vorweggenommenen Preiserhöhungen kommen. Dämpfend wirkt im Vorjahresvergleich, dass die Tabaksteueranhebung von September 2005 sich nur noch bis August auf die Inflationsrate auswirken wird. Alles in allem wird sich die Lebenshaltung im Jahresdurchschnitt 2006 um 1,8 % verteuern.

Im Januar 2007 wird der Regelsatz der Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte angehoben. Nach Schätzungen des Statistischen Bundesamts wirkt sich eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1 Prozentpunkt mit knapp 1⁄2 Prozentpunkt auf die Inflationsrate aus. Dabei wurde unterstellt, dass es beim ermäßigten Steuersatz von 7 % für bestimmte Güter bleibt und auch im Übrigen die einschlägigen Regelungen (insbesondere Mehrwertsteuerbefreiungen) nicht verändert werden. Weiter wurde angenommen, dass eine solche Mehrwertsteuererhöhung vollständig auf die Verbraucher überwälzt würde. Rein rechnerisch würde demnach eine Anhebung um 3 Prozentpunkte die Inflationsrate um knapp 1,5 Prozentpunkte steigen lassen. Preisdämpfend wirkt sich hingegen die Senkung der Sozialversicherungsbeitragssätze aus. Absehbar ist eine Reduktion um per Saldo 1,3 Prozentpunke (–2,0 Punkte in der Arbeitslosenversicherung, +0,4 Punkte in der Rentenversicherung, +0,3 Punkte in der gesetzlichen Krankenversicherung), die hälftig auf sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Arbeitgeber entfällt. Eine Ermäßigung der Lohnnebenkosten wirkt sich nicht unmittelbar im Verbraucherpreisindex aus, da es sich hierbei um Sozialbeiträge und nicht um Verbrauchsausgaben handelt. Es könnten aber hierdurch allgemein die Preise für im Inland erzeugte Güter und Dienstleistungen sinken; hier wird mit einer Reduktion der Inflationsrate um knapp 0,5 Prozentpunkte gerechnet. Per Saldo dürfte das Verbraucherpreisniveau durch die fiskalischen Maßnahmen insgesamt um rund 1% angehoben werden. Alles in allem werden die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 2007 um 2,5 % steigen. Die Inflationsrate wird dabei im Laufe des Jahres von 3 % auf 2 % sinken, weil der diesjährige Ölpreisschub nach und nach in die statistische Basis eingeht.

Arbeitsmarktlage hellt sich konjunkturell etwas auf

Der Arbeitsmarkt hat sich im Verlauf des Jahres 2005 stabilisiert. Im ersten Quartal 2006 zeichnete sich jedoch noch keine durchgreifende Besserung ab. Im Dienstleistungssektor konnte das Beschäftigungsniveau annähernd gehalten werden. Nachdem sich der Rückgang

der Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe und in der Bauwirtschaft im Verlauf des Jahres 2005 zunächst verlangsamt hatte, war er im ersten Quartal 2006 wieder etwas stärker ausgeprägt. Allerdings dürfte die ungünstige Beschäftigungsentwicklung aufgrund des kalten und langanhaltenden Winterwetters etwas überzeichnet sein. Insgesamt war die Zahl der Erwerbstätigen im ersten Quartal 2006 um 50.000 niedriger als im vergleichbaren Vorjahresquartal. Auch das um Arbeitstageeffekte bereinigte geleistete Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen lag mit gut 0,1% leicht unter dem Vorjahresniveau, so dass die Produktionssteigerung allein durch eine erhöhte Produktivität erzielt wurde. Im gleichen Zeitraum nahm die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung um 190.000 ab, wobei etwa 40.000 auf den Abbau von geförderter Beschäftigung zurückzuführen sind.

Gleichzeitig fand eine Ausweitung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente der Hartz-Reformen statt. Dabei erhöhte sich vor allem die Zahl der gemeinnützigen Arbeitsgelegenheiten (Zusatzjobs), die um gut 150.000 stiegen. Die geförderte Selbstständigkeit im Rahmen der Ich-AG nahm im betrachteten Zeitraum nicht mehr zu, jedoch hat sich die ungeförderte Selbstständigkeit recht positiv entwickelt (+90.000). Nachdem die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten im ersten Halbjahr 2005 deutlich gefallen war, ist seitdem wieder ein deutlicher Aufbau dieser Stellen auszumachen. Die Zahl der Minijobs stieg dabei auf etwa 4,9 Mill. und lag im ersten Quartal 2006 um gut 180.000 über dem Vorjahr. Zum Teil dürfte der starke Aufbau geringfügiger Beschäftigung als Reaktion auf den vorangegangenen starken Rückgang zu verstehen sein: Zu Beginn des Jahres 2005 dürften manche Empfänger von Arbeitslosengeld II ihren Minijob wegen zu geringer Hinzuverdienstmöglichkeiten zu Gunsten eines Zusatzjobs aufgegeben haben. Diese Stellen wurden dann vermutlich nur allmählich neu besetzt oder ganz durch kostengünstigere Zusatzjobs substituiert. Dementsprechend war der Aufbau geringfügiger Beschäftigung in den vergangenen Monaten wieder etwas verhaltener.

Nachdem die Arbeitslosigkeit durch die Hartz-Reformen zu Beginn des Jahres 2005 sprunghaft gestiegen war, sank sie im weiteren Jahresverlauf deutlich. Zunächst fielen Personen, die nicht arbeitsfähig waren oder denen kein Arbeitslosengeld zustand, aus der Statistik heraus. Außerdem wurden vermehrt Zusatzjobs geschaffen, die die Zahl der Arbeitslosen verringerten. Die überdurchschnittlich kalte Witterung überlagerte dann zu Beginn des Jahres 2006 die positive Tendenz. Hinzu kam, dass wegen der Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I im Januar vermehrt ältere Arbeitnehmer entlassen wurden, um den Bezug des Arbeitslosengeldes noch nach der alten Regelung zu ermöglichen. Insgesamt führte dies zu vorübergehend steigenden Arbeitslosenzahlen. Als Gegenreaktion auf das überdurchschnittlich kalte Wetter zu Jahresbeginn sank die Arbeitslosenzahl im April wieder deutlich. Im Mai waren 350.000 Arbeitslose weniger registriert als im Vorjahresmonat. Das entsprach nach Ausschaltung saisonal bedingter Schwankungen einem Rückgang von 90.000 gegenüber dem Vormonat, wobei gleichzeitig ein leichter Abbau von Zusatzjobs stattfand.

Im Jahr 2006 wird sich die Lage am Arbeitmarkt durch die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion konjunkturell weiter aufhellen. Bei den Minijobs kommt der Stellenaufbau allerdings zum Stillstand. Ein Grund hierfür ist die Anhebung der Abgabenpauschale für Arbeitgeber am 1. Juli 2006 von 25 auf 30 %. Im Zuge dessen dürften die sozialversicherungspflichtigen Midijobs (400 bis 800 €) an Attraktivität gewinnen. Außerdem scheint das Potenzial für geringfügig entlohnte Stellen, die mit Teilzeitkräften besetzt werden können, zunächst ausgeschöpft zu sein.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wird im Jahresdurchschnitt 2006 um 55.000 unter dem Wert des Vorjahres liegen, was im Verlauf der kommenden drei Quartale saisonbereinigt einer Zunahme von 90.000 entspricht. Dieser Anstieg ist zum Teil auch ein Resultat der ab Juli 2006 im Vergleich zu Minijobs höheren Attraktivität der Midijobs. Die konjunkturelle Dynamik wird dazu führen, dass sich der Anstieg der Selbstständigenzahl im Jahr 2006 fortsetzt (+55.000). Durch die Neuregelung der Förderung der Begründung einer selbstständigen Tätigkeit aus der Arbeitslosigkeit heraus werden ab 1. August 2006 sowohl Ich-AG als auch Überbrückungsgeld im „Gründungszuschuss“ zusammengefasst. Die Bezugsdauer ist mit 9 bzw. 15 Monaten jedoch erheblich kürzer als bei der bisherigen Ich-AG. Für Empfänger von Arbeitslosengeld II besteht weiterhin die Möglichkeit, über das Einstiegsgeld eine Förderung zu erhalten, was auch zunehmend geschieht. Die Zahl der geförderten Selbstständigen insgesamt dürfte sich durch die Neuregelungen allerdings kaum verändern.

Im Verlauf des Jahres dürften auch wieder mehr Zusatzjobs vermittelt werden, sodass bis zum Jahresende etwa 300.000 solcher Stellen bestehen sollten. Insgesamt wird die Erwerbstätigkeit 2006 um 70.000 zunehmen. Im Verlauf des nächsten Jahres steigt die Erwerbstätigkeit etwas langsamer; im Jahresdurchschnitt nimmt die Zahl der Erwerbstätigen um 180.000 zu. Weitere Minijobs werden nach der Neuregelung der Abgaben nur noch in geringem Umfang geschaffen, aufgrund des Unterhangs wird der Vorjahresdurchschnitt um 20.000 unterschritten. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung steigt im Jahresdurchschnitt 2007 um 100.000. Auch die Zahl der Selbstständigen wird sich weiter erhö-

hen, trotz eines nur geringen Ausbaus geförderter Existenzen wird sie jahresdurchschnittlich um 70.000 zunehmen. Die Zusatzjobs dürften sich bei einer Gesamtzahl von etwa 300.000 stabilisieren und damit nicht mehr zur Veränderung der Beschäftigung beitragen.

Die Zahl der Arbeitslosen wird im weiteren Verlauf dieses Jahres erneut abnehmen, auch weil angenommen wird, dass weitere Zusatzjobs bereitgestellt werden. Da kaum neue Minijobs entstehen, die vielfach mit Personen besetzt werden, die aus der stillen Reserve kommen, werden die neuen Arbeitsplätze auch mit Personen besetzt, die bisher arbeitslos waren. Der Anstieg der Erwerbstätigkeit wird sich somit auch bei den Arbeitslosenzahlen bemerkbar machen. Im Jahresdurchschnitt 2006 wird die Zahl der Arbeitslosen um 260.000 sinken. Im nächsten Jahr wird die Arbeitslosigkeit aus konjunkturellen Gründen dann noch um 150.000 zurückgehen (vgl. Tab. 4).

[1] *Gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose vom Juni 2006. Vgl. G. Flaig, W. Nierhaus, et. al., ifo Konjunkturprognose 2006/2007: Aufschwung setzt sich fort, in: ifo Schnelldienst, 12/2006, S. 19–54.*

[2] *Die Änderung des inländischen Realeinkommens aufgrund einer Änderung der Terms of Trade wird durch die Differenz zwischen der Veränderungsrate des realen BIP und der Veränderungsrate des Realwerts des BIP gemessen (nominales BIP deflationiert mit dem Preisindex für die inländische Verwendung). Zum Terms-of-Trade-Effekt vgl. W. Nierhaus, Realeinkommen im neuen Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, ifo Schnelldienst, Jg. 53, Nr. 4, 2000, S. 7–13.*

[3] *Vgl. H. Bandholz, G. Flaig, J. Mayr: Wachstum und Konjunktur in OECD-Ländern: Eine langfristige Perspektive, in: ifo Schnelldienst, Jg. 58, Nr. 4, 2005.*

[4] *Die Preise von Energieträgern und von Saisonwaren (Fische, Fischwaren, Obst, Gemüse) sind überdurchschnittlich volatil und können die Ergebnisse der Preisstatistik auf kurze Sicht verzerren. Aufgrund der in Deutschland besonders großen Bedeutung von Gütern mit administrierten Preisen schließt das ifo Institut bei der Berechnung der Kerninflationsrate diese Gütergruppe zusätzlich aus.*

Tabelle 4: Arbeitsmarktbilanz (Jahresdurchschnitte in 1.000 Personen)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Erwerbstätige Inländer	38.994	38.632	38.782	38.672	38.742	38.922
Arbeitnehmer	34.991	34.560	34.564	34.317	34.332	34.442
darunter:						
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27.629	27.007	26.561	26.233	26.178	26.278
ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4.148	4.322	4.742	4.772	4.937	4.917
Zusatzjobs			16	225	281	300
Selbstständige	4.003	4.072	4.218	4.355	4.410	4.480
darunter:						
geförderte Selbstständigkeit	54	114	234	317	297	312
Pendlersaldo	102	90	86	111	90	85
Erwerbstätige Inland	39.096	38.722	38.868	38.783	38.832	39.007
Arbeitslose[a]	4.061	4.377	4.381	4.861	4.601	4.451
Arbeitslosenquote[b]	9,4	10,2	10.2	11,2	10,6	10,3
Erwerbslose[c]	3.229	3.703	3.931	3.893	3.253	2.993
Erwerbslosenquote[d]	7,6	8,7	9,2	9,1	7,7	7,1
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Beschäftigung schaffende Maßnahmen[e]	194	145	119	62	35	35
Berufliche Vollzeitweiterbildung	340	260	184	113	100	90
Eignungsfeststellung, Trainingsmaßnahmen	74	93	95	67	60	55

a) Ab 2004 ohne Teilnehmer an Eignungsfestellungs- und Trainingsmaßnahmen. – b) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose). – c) Definition der ILO. – d) Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose). – e) Strukturanpassungsmaßnahmen (Restabwicklung), Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Infrastrukturmaßnahmen.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, 2006 und 2007: Prognose des ifo Instituts.